

(Anrede)

Die CDU-Fraktion wird zur neuen Friedhofsgebührensatzung mit Nein stimmen.

Die Satzung enthält teilweise heftigste Gebührensprünge. So wird etwa die Erdbestattung im Wahlgrab, also die Beerdigung im normalen Familiengrab, demnächst fast viermal so teuer wie vorher und kostet dann 1740 €. Da wird so manches, was ein alter Menschen für seine Beerdigung erspart hat, dahinschmelzen wie der Schnee in der Sonne.

Übrigens wird auch die Beerdigung eines Kindes in dieser Form viermal so teuer und kostet 1120 €. Hier wird mit der einen Hand genommen, was mit der anderen gegeben wird, indem einerseits demnächst ein Tot- und Fehlgeburtenfeld eingerichtet wird, andererseits aber die Kinderbeerdigung viermal so teuer wird.

Wir können uns auch nicht der Einschätzung anschließen, dass die EU-Dienstleistungsrichtlinie uns zwingen würde, von heute auf morgen die Gebühren für das Friedhofswesen bis zur Kostendeckung heraufzufahren. Es muss möglich sein, dass dies in einem angemessenen Zeitraum mit einer allmählichen Gebührensteigerung bis zur Kostendeckung geschieht. Uns würde sicherlich nicht der Bannstrahl der Eurokratie treffen, wenn wir nicht gleich zum 1.1.2010 von dem bisher geltenden Äquivalenzprinzip auf das Kostendeckungsprinzip umstellen, sondern wie üblich mit einer Übergangslösung an die Sache herangehen.

Abgesehen davon ist die Zielrichtung der Richtlinie eine ganz andere, als dass öffentliche Leistungen auf einmal kostendeckend abgerechnet werden. Es geht um Erleichterung für den internationalen Dienstleistungsverkehr und nicht primär um die Sanierung des öffentlichen Haushalts mit der Brechstange.

Denn das ist das, was uns wirklich ärgert: bei einem Teil der Bevölkerung, der gerade durch einen Todesfall besonders hart getroffen ist, wird in bestimmten Fällen regelrecht abkassiert, während anderswo beim Sparen Fehlanzeige herrscht. Wir haben doch seit 2006 gesehen, dass Sparvorschläge von der Verwaltung entweder gar nicht gemacht werden oder unsere Sparvorschläge systematisch ausgebremst werden. Dabei sollte beim Sparen das bekannte Motto herrschen: geht nicht, gibt's nicht.

Erlauben Sie mir einen kurzen Einschub:

Die Stadt ist finanzpolitisch so führungslos geworden, dass die SPD mit dem Ratskollegen Brunotte protestiert, wenn der Fachbereich Jugend die dörflichen Jugendzentren um Weihnachten schließen will, oder dass der Bürgermeister einen Haushalt vorlegt, den seine Parteien dann erst einmal zur Neubearbeitung zurückgeben, so dass er dieses Jahr nicht mehr beschlossen werden kann. Hier weiß die Linke offenbar nicht was die ---- andere Linke tut. Fast bekommt man den Eindruck, Langenhagen wird von einer Partei regiert, die niemand gewählt hat.

Auf jeden Fall lehnen wir es ab, wenn auf der einen Seite Leistungen von der Stadt weit unter Kostendeckung angeboten werden, während man anderswo von heute auf morgen alles ausgleichen will, was man über Jahre versäumt hat. Denn entweder sind im Friedhofswesen die Kosten davongelaufen, oder die Gebühren sind völlig an den Kosten vorbei kalkuliert worden sind. Eins von beidem muss der Fall sein.

Deshalb die Ablehnung dieser Drucksache.